



2 Wirtschaftspolitik – wer hat recht?

Wirtschaftspolitik gestaltet unser Leben entscheidend mit. So wollen etwa Volkswirtschaften international im Wettbewerb mithalten, Unternehmen Gewinne erzielen, Arbeitnehmer/innen gut bezahlte Arbeitsplätze haben oder sozial Schwache gefördert werden. Der Staat steuert dies auch mit seiner Wirtschaftspolitik, indem er wirtschaftliche Rahmenbedingungen setzt, diese Ziele erreichen zu können. Nach unterschiedlichen Denkschulen wird die dahintersteckende Wirtschaftspolitik gestaltet werden – mit oft weitreichenden Folgen.



John Maynard Keynes (1883–1946) entwickelte die Theorie des Fiskalismus.



Arbeitsaufgaben

1. Vergleichen Sie die Überlegungen des Fiskalismus bzw. Monetarismus die Wirtschaft anzukurbeln.
2. Beschreiben Sie die antizyklische Wirtschaftspolitik.
3. Beschreiben Sie die prozyklische Wirtschaftspolitik.
4. Vergleichen Sie die Haltung des Fiskalismus bzw. Monetarismus zu Staatsschulden.
5. Beschreiben Sie die Rolle des Staates im Fiskalismus bzw. Monetarismus.
6. Der Monetarismus fordert den Rückzug des Staates: Begründen Sie diese Forderung.



Milton Friedman (1912–2006) entwickelte die Theorie des Monetarismus

Modell Fiskalismus bzw. Keynesianismus

Der Wirtschaftstheoretiker John Maynard Keynes analysierte in den 1930er-Jahren die Folgen der Weltwirtschaftskrise des Jahres 1929. Die damit einhergehende Massenarbeitslosigkeit führte er auf die zu geringe wirtschaftliche Nachfrage zurück. Er folgerte, dass über die Nachfrage die Wirtschaft gesteuert werden könne. Von Staat forderte er den Einsatz finanzpolitischer Instrumente, um eine gleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung zu erzielen.

Keynes und seine „Schüler“ („Keynesianer“) messen also dem Staat eine zentrale Rolle in der Wirtschaft zu. Dieser solle die volkswirtschaftlichen Nachfrage- und Angebotsströme steuern und dazu in die Wirtschaft eingreifen, da ohne diese Eingriffe immer ein gesamtwirtschaftliches Ungleichgewicht drohe. Dazu solle er bei einer schlechten Wirtschaftslage mehr – auch mit Schulden finanziert („Deficit-Spending“) – ausgeben und damit die Wirtschaft ankurbeln, bei einer guten Konjunktur jedoch seine Ausgaben drosseln und seine Schulden zurückzahlen. Neben dieser antizyklischen Konjunkturpolitik steht diese wirtschaftspolitische Denkrichtung auch für sozial gestaffelte Steuersätze und umfassende Sozialausgaben, Maßnahmen, die auch den Massenkonsum fördern sollen.

Modell Monetarismus bzw. Neoliberalismus

Ganz im Gegensatz zu Keynes behaupten Monetaristen/Monetaristinnen, dass die Marktwirtschaft sich am besten selber regle und staatliche Eingriffe in die Finanzpolitik für konjunkturelle Schwankungen verantwortlich seien. Daher fordert diese wirtschaftspolitische Schule, als deren herausragender Vertreter der österreichische Nationalökonom und Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek gilt, die Zurückdrängung des staatlichen Einflusses in der Wirtschaft. Staatliche Regelungen und Eingriffe sollen abgebaut werden und die Steuerung der Konjunktur v. a. durch die Zentralbanken erfolgen. Diese sollen durch das Volumen der Geldmenge die konjunkturell erforderliche Nachfrage schaffen.

Milton Friedman, ein bedeutender Theoretiker des Monetarismus, fordert dazu u. a. ein gleichmäßiges Wachstum der Geldmenge, v. a. aber die Vermeidung von Inflation. Er – wie auch andere Vertreter/innen des Neoliberalismus – setzten stark auf den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft. So sollen u. a.:

- Importbeschränkungen und Zölle abgebaut,
 - Subventionen in der Wirtschaft und im Sozialwesen gestrichen,
 - Zulassungsbeschränkungen für Berufe aufgehoben,
 - staatlich garantierte Mindestlöhne abgeschafft und
 - Sozial- und Pensionsversicherungen privatisiert werden,
- um durch verstärkten Wettbewerb die Wirtschaft positiv zu fördern.

Die Staatsausgaben sollen sich prozyklisch zum Konjunkturverlauf verhalten: Bei schlechter Wirtschaftslage sollen die Staatsausgaben vermindert werden, da der Staat rückgehende Einnahmen habe, bei guter Wirtschaftslage könne er, da er über höhere Einnahmen verfügt, auch mehr ausgeben.

Unterschiedliche Auffassungen der Rolle des Staates in der Wirtschaft

Arbeitsaufgaben

- Ordnen Sie die beiden wirtschaftspolitischen Denkschulen „Fiskalismus“ (1) und „Monetarismus“ (2) den folgenden Aussagen zu.

1 Der Staat regelt stark die Wirtschaft durch direkte wirtschaftspolitische Maßnahmen.

2 Der Staat soll in wirtschaftlichen Krisenzeiten wenig Geld ausgeben, da er geringe Steuereinnahmen hat.

2 Durch niedrige Löhne stellen Unternehmen mehr Arbeitskräfte ein und dadurch wird die Arbeitslosigkeit gesenkt.

1 Öffentliche Aufträge fördern die Wirtschaft und beleben die Konjunktur, die Arbeitslosigkeit sinkt.

2 Ein Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und der Abbau von staatlichen Regelungen ermöglichen vermehrt unternehmerische Aktivitäten.

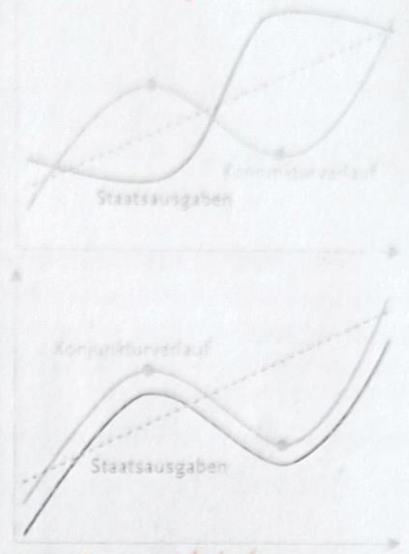
1 Kredite finanzieren Staatsaufträge in Krisenzeiten und Arbeitsplätze gehen dadurch nicht verloren.

1 In wirtschaftlich guten Zeiten soll der Staat seine Kredite zurückbezahlen.

1 Staatliche Aufträge schaffen Arbeitsplätze.

2 Niedrige Unternehmenssteuern ermöglichen den Unternehmen zu investieren und dadurch Arbeitsplätze zu schaffen.

2 Wenn die Löhne niedrig sind, können die Menschen wenig ausgeben, die Inflation ist gering und die Wirtschaft bleibt stabil.



Arbeitsaufgabe

- Welche Grafik beschreibt die „Antizyklische Konjunkturpolitik“ (1), welche die „Prozyklische Wirtschaftspolitik“ (2)? Vergeben Sie die Nummer richtig.



Arbeitsloser in Wien 1933: Die enorme Arbeitslosigkeit förderte den Aufstieg radikaler Bewegungen, insbesondere des Nationalsozialismus

Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik

Durch politische Maßnahmen soll es bei angebotsorientierter Wirtschaftspolitik zu einer Verbesserung der Produktionsbedingungen kommen und somit mehr Output hergestellt werden können. Durch diese quantitative Zunahme haben die Konsumenten nun die Möglichkeit, bei gleichbleibendem Preisniveau ihren Konsum zu vermehren.

Wirtschaftspolitik konkret – Arbeit schaffen und Arbeitslosigkeit vermeiden

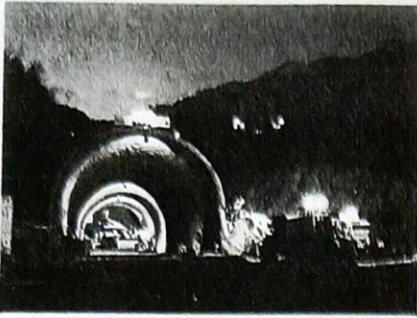
Soll die „Wirtschaft“ selber Arbeit schaffen oder der Staat einen wichtigen Beitrag leisten, auch dies ist eine Frage konkreter Wirtschaftspolitik. Auch hier bieten sich verschiedene Wege an:

- **Keynesianische Vorstellungen:** Der Staat belebt – insbesondere in Krisenzeiten – die Wirtschaft. Unternehmen, die ohne staatliche Aufträge Personal entlassen müssten, halten ihren Beschäftigungsstand. Neben dem Beschäftigungseffekt erspart sich der Steuerzahler bzw. die Steuerzahlerin auch die Unterstützung von Arbeitslosen. Höhere Steuern für Besserverdienende und unternehmensfinanzierte Sozialleistungen sowie geringe Steuerbelastungen für die weniger Wohlhabenden erhöhen den Konsum, da diese kaum sparen (können), sondern ihr Geld sofort ausgeben (müssen). Auch diese Maßnahmen sorgen für Beschäftigung.

- **Neoliberale Vorstellungen:** *→ für Unternehmen* Steuersenkungen ermöglichen es den Unternehmen zu investieren und den Konsumenten mehr ausgeben zu können. Der Rückbau staatlicher Regelungen fördert (neue) unternehmerische Aktivitäten. Geringe Löhne und ein schwaches Sozialnetz zwingen Arbeitskräfte, vorhandene auch unattraktive Jobs anzunehmen, anstatt sich auf den Staat zu verlassen. Ein höheres Beschäftigungsniveau ist die Folge.

Arbeitsaufgabe

- Es gibt verschiedene Modelle zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Entscheiden Sie sich für eine und begründen Sie diese Entscheidung.



Der Koralmtunnel, der die Fahrzeit der Eisenbahn zwischen Graz und Klagenfurt um ca. eine Stunde verkürzen wird, wird aus öffentlichen Mitteln finanziert. Ein privates Unternehmen würde ihn nie bauen, da er sich betriebswirtschaftlich nicht rechnen wird.



Postämter, ehemals ein Teil der staatlichen Infrastruktur, werden laufend geschlossen. Private Postpartner sollen die Aufgabe besser und kostengünstiger übernehmen.

Arbeitsaufgaben

1. Sind Staatsschulden Ihrer Meinung nach problematisch?
2. Sind hohe Steuern Ihrer Meinung nach problematisch?
3. Beschreiben Sie die Nachteile von Kostensenkungsprogrammen.
4. Beschreiben Sie die Nachteile der Privatisierung öffentlicher Leistungen.
5. Diskutieren Sie die derzeitige Wirtschaftspolitik Österreichs.

Von Stärken und Schwächen wirtschaftspolitischer Denkrichtungen

Es ist eine Frage der politischen Ausrichtung von Regierungen, politischen Parteien und indirekt auch der Wähler/innen, nach welchen Modellen Wirtschaftspolitik umgesetzt wird. Vielfach werden aber auch Kompromisse geschlossen, und politische Entscheidungen neigen eher der einen oder der anderen Richtung zu. Generell muss aber gesagt werden, alle wirtschaftspolitischen Modelle und ihre konkreten Umsetzungen haben auch ihre Schwächen.

Fiskalismus – sind die Staatsausgaben sinnvoll, werden Schulden zurückbezahlt?

Der Staat ist also ein wichtiger Akteur in der Wirtschaft: Er investiert, stützt die Konjunktur durch Großaufträge etwa im Bauwesen. Allerdings nimmt er dazu Schulden auf, für die er Zinsen bezahlen muss und die er irgendwann zurückbezahlen muss. Es stellen sich dazu folgende Fragen:

- Sind die Staatsaufträge zukunftssträchtige Investitionen – oder werden nur kurzfristig Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten?
- Sind die dazu notwendigen hohen Steuern gerechtfertigt – oder zieht man nur insbesondere den Leistungsfähigen bzw. -willigen das „Geld aus der Tasche“ und demotiviert man sie damit?
- Sind die damit verbundenen Staatsschulden kurzfristig gute Investitionen – oder verschiebt man die Probleme nur in die Zukunft, da Zinsen anfallen und Schulden zurückbezahlt werden müssen?
- Helfen die staatlichen Konjunkturspritzen in Krisenzeiten – oder ist man im Gegensatz zu Keynes in besseren Zeiten nicht bereit, die Schulden zurückzubezahlen und verwendet die höheren Steuereinnahmen lieber für weitere (Sozial-)ausgaben, um sich bei den Wähler/innen beliebt zu machen?

Neo

Monetarismus – kann die „Wirtschaft“ die Probleme besser lösen?

Steuern und Sozialausgaben senken, die Wirtschaft weniger durch Gesetze regeln – dieses „Rezept“ setzt also auf die Kräfte des Marktes. Allerdings wird auf die weniger Leistungsfähigen wenig Rücksicht genommen. Auch hier gibt es ein Für und Wider:

- Durch Drosselung der Nachfrage soll die Inflation gesenkt werden – aber durch geringe Löhne und weniger Sozialleistungen sinkt die Kaufkraft.
- Die durch die abnehmende Kaufkraft sinkenden Unternehmensgewinne sollen durch Rationalisierungsmaßnahmen ausgeglichen werden – aber dadurch werden Arbeitskräfte abgebaut und der Arbeitsdruck für die verbliebenen steigt.
- Unternehmensgewinne steigen stärker als Lohn Einkommen – aber immer mehr Arbeitnehmer/innen verarmen trotz Arbeit („Working Poor“).
- Steuern werden gesenkt – aber der Staat muss dadurch Sozialausgaben kürzen.
- Der Staat muss sparen – aber er muss öffentliche Leistungen u. a. im Sozial-, Gesundheits-, Bildungswesen oder Infrastruktureinrichtungen privatisieren, die zwar teilweise effektiver arbeiten, aber vielfach teurer sind als die öffentlichen.

Arbeitsaufgabe

- Wären Sie eine oder ein politische/r Entscheidungsträger/in, für welches Modell würden Sie sich entscheiden? Begründen Sie kurz Ihre Entscheidung.

Ich bevorzuge das fiskalistische/monetaristische Modell (Nichtzutreffendes streichen), weil ...

Der Austrokeynesianismus – Fortschritt oder Schuldenfalle?

„Ein paar Milliarden Schulden mehr bereiten mir weniger schlaflose Nächte als ein paar hunderttausend Arbeitslose.“

Bruno Kreisky anlässlich einer Rede während des Nationalratswahlkampfes 1979

Während der Regierungszeit Bruno Kreiskys (1970–1983), wurde eine österreichische Variante fiskalistischer Wirtschaftspolitik, der sogenannte Austrokeynesianismus, entwickelt und umgesetzt. Investitionen der öffentlichen Hand in infrastrukturelle Projekte (Autobahnen, Schulbauoffensive, etc.) sicherten der Privatwirtschaft Großaufträge. Arbeitslosigkeit war kaum ein Thema: Ausländische Konzerne wie BMW in Steyr, General Motors in Wien oder Chrysler in Graz konnten angesiedelt werden, aber auch die verstaatlichte Industrie, die zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit verlor, wurde mit staatlichen Subventionen am Leben erhalten.

Auch das Sozialwesen wurde massiv ausgebaut und dadurch indirekt die Massenkraft und der allgemeine Wohlstand gestärkt. Von der Senkung der Steuern für niedrige Einkommen, der Absenkung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden und der Erhöhung der Mindestpensionen bis zur Einführung eines Heirats- und Kindergeldes, der Abschaffung der Studiengebühren, der Einführung der Gratisschulbücher oder von Stipendien reichten die Maßnahmen, die heute teilweise noch Bestand haben und als Selbstverständlichkeit wahrgenommen werden.

Budgetdefizite und eine wachsende Staatsverschuldung wurden bewusst in Kauf genommen. Entgegen der Theorien Keynes wurden auch bei guter Konjunktur die Staatsschulden nicht abgebaut, sondern neue Leistungen eingeführt. Auch die nach 1983 regierenden Koalitionsregierungen konnten die Budgets selbst durch massive Privatisierungen von Staatseigentum nicht wirklich in den Griff bekommen, auch wenn bis heute viele soziale Errungenschaften wieder zurückgenommen werden mussten und neue Belastungen für die Steuerzahler/innen eingeführt worden sind.

Die österreichische verstaatlichte Industrie – ein wirtschaftspolitischer Streitpunkt

Bis in die 1990er-Jahre waren viele Großbetriebe, sogenannte „Schlüsselindustrien“, im Staatsbesitz. Diese wurden – u. a. um sie als ehemaliges „deutsches Eigentum“ dem Zugriff der Besatzungsmächte, v. a. der Sowjetunion, zu entziehen, – verstaatlicht.

Diese verstaatlichten Unternehmen leisteten in den ersten Nachkriegsjahrzehnten einen wesentlichen Beitrag zum Wandel Österreichs zum erfolgreichen Industrieland. Auch wirtschafteten sie hochprofitabel – trotz hoher Löhne und attraktiver Sozialleistungen für die Beschäftigten. Zwischen 1956 und 1982 lieferten sie u. a. 11,5 Mrd. Euro an Steuern ab.

Im Zuge des globalen Konjunktüreintrucks 1975 begann der Abstieg der verstaatlichten Industrie. Die „Cashcow“ verwandelte sich zum „Fass ohne Boden“ für den Eigentümer, dem Staat. Die nunmehrigen Zuschussbetriebe konnten nur mit enormen Steuermitteln am Leben erhalten werden. Dies wurde mit dem Argument der „Arbeitsplatzsicherung“ begründet.

Schlussendlich konnte die verstaatlichte Industrie in der alten Form nicht aufrechterhalten werden. Ein Großteil der Unternehmen wurde an private Investoren verkauft, die die stark geschrumpften Unternehmen nach massivem Abbau von Arbeitsplätzen und einer stark verbesserten Produktivität meist erfolgreich im internationalen Wettbewerb positionieren konnten. Diese Privatisierung stand ganz im Zeichen der mittlerweile sich weltweit durchsetzenden neoliberalen Wirtschaftspolitik. Heute sind die letzten verbleibenden Teile im Rahmen der Österreichischen Industrieholding AG (ÖIAG) organisiert.



Bruno Kreisky, 1911–1990: Der SPÖ-Politiker setzte neben einer allgemeinen gesellschaftlichen Modernisierung Österreichs v. a. auf einen massiven Ausbau des sozialen Netzes des Landes. Von Anhängern bis heute dafür verehrt, von Gegnern als Verantwortlicher für die hohe österreichische Staatsverschuldung angegriffen.

ÖIAG-Beteiligungen (Stand 2011)

- Mineralölkonzern OMV
- Telekom Austria
- Österreichische Post
- Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft
- Finanzmarktbeteiligung Aktiengesellschaft des Bundes

Bekannte privatisierte Unternehmen

- Austrian Airlines
- Böhler-Uddeholm AG
- Austria Metall AG (AMAG)
- Tabakregie (Austria Tabak)
- Österreichische Staatsdruckerei
- Flughafen Wien AG
- Schoeller-Bleckmann Stahlwerke
- VA Technologie
- voestalpine



Als Cashcow bezeichnet man ein Unternehmen, das einen hohen Gewinn erwirtschaftet.



Arbeitsaufgaben

1. Nehmen Sie zur Aussage Bruno Kreiskys Stellung.
2. Stellen Sie die Vor- und Nachteile des Austrokeynesianismus gegenüber.
3. Würden Sie die sozialpolitischen Leistungen der 1970er-Jahre gegen einen „schuldenfreien Staat“ eintauschen?
4. Gibt es angesichts der derzeitigen Probleme in der Wirtschaft Änderungen in der Wirtschaftspolitik?